



SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin

Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!

Gebrochene Versprechen und Chaos scheinen zum Markenkern der Ampelkoalition zu werden. Betriebe und Kultureinrichtungen mit Öl- und Flüssiggas- oder Pelletheizungen konnten jetzt erleben, was ein Versprechen von Bundeskanzler Olaf Scholz wert ist. Rot-Grün-Gelb stoppte die zugesagten Heizkostenhilfen, um dann mit einem halben Rückzieher das Aus für die Betriebshilfen wieder rückgängig zu machen. CDU und CSU hatten Druck gemacht und kümmern sich weiter um das Thema. Die ganze Geschichte in diesem Newsletter.

Die Ampelregierung lobt sich derweil dafür, dass wir dank milder Temperaturen in diesem Winter trotz des Stopps russischer Erdgaslieferungen bei der Energieversorgung wohl ohne größere Blessuren über die Runden kommen. Doch das könnte sich rächen. Die Internationale Energieagentur (IEA) warnt, den EU-Staaten drohe ohne zusätzliche Initiativen im nächsten Winter eine Gaslücke von fast 30 Milliarden Kubikmetern. Weil die Ampel nicht handelt, haben CDU und CSU jetzt einen [Energieplan](#) für den Winter 2023/2024 vorgelegt, um rechtzeitig

auch für den darauffolgenden Winter vorzusorgen.

Großes Ampel-Schweigen herrscht weiter zu den Plänen der grünen Bundesfamilienministerin Lisa Paus für eine Kindergrundsicherung. Es verdichtet sich der Eindruck, dass dieser Plan ein Muster ohne Wert ist. Fragen nach der Höhe und der Finanzierung der Kindergrundsicherung bleiben unbeantwortet. Familien aber brauchen mehr als leere Versprechen.

Unterdessen lieferte die rot-grün-gelbe Landesregierung Mainz einen ganz speziellen Beitrag zum Thema „Zeitenwende“. Sie schlug den Verkauf der Flughafens Hahn ausgerechnet an einen russischen Oligarchen mit großer Nähe zum russischen Staatspräsidenten Putin vor. Für mich ist das angesichts des anhaltenden russischen Angriffs auf die Ukraine ein unfassbarer Vorgang. Ich habe Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck aufgefordert, dieses Vorhaben im sicherheits- und außenpolitischen, aber auch wirtschaftlichen Interesse Deutschlands zu stoppen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

CDU und CSU fordern Hilfeversprechen der Ampel ein



Noch im vergangenen Jahr versprach die Ampelkoalition nach langem Hin und Her und unter dem Druck von CDU und CSU Heizkostenhilfen auch für Besitzer von Öl- und Flüssiggas- und Pelletheizungen. Denn auch bei diesen Energieträgern gab und gibt es massive Preiserhöhungen. Doch im neuen Jahr kassierten SPD, Grüne und FDP das Versprechen für kleine und mittlere Unternehmen sowie Kultureinrichtungen still und heimlich im Haushaltsausschuss des Bundestages wieder ein. Diesen Wortbruch nehmen CDU und CSU nicht hin. Sie haben einen [Antrag](#) in den Bundestag eingebracht, in dem sie die Einhaltung der ursprünglichen Zusagen fordern. Und sie verlangen auch, schnellstens die Voraussetzungen für eine zeitnahe und unbürokratische Auszahlung von Härtefallhilfen an private Nutzer von Öl-, Pellet-, oder Flüssiggasheizungen zu schaffen. Denn auch diese Nutzer haben noch kein Geld gesehen. Wenige Tage später nun eine halbe Rolle rückwärts. Rot-Grün-Gelb sicherte jetzt im Haushaltsausschuss zu, die Betriebe erhalten doch die versprochene Unterstützung. Aber Kultureinrichtungen gehen weiter leer aus. Für CDU und CSU ist das indiskutabel.



Sebastian Brehm: „Das wenn auch nur halbe Einlenken der Ampel ist ein weiteres Beispiel für ‚Opposition wirkt‘. CDU und CSU werden weiter dafür

kämpfen, dass auch die Kultureinrichtungen die ursprünglich versprochenen Hilfen erhalten. Die Menschen müssen sich auf politische Zusagen verlassen können. Wer Politik nach dem Prinzip ‚versprochen, gebrochen‘ betreibt, fördert Demokratieverdrossenheit.

Es war gut, dass unser Ministerpräsident Markus Söder Verantwortung gezeigt hat und versprach mit Landesmitteln zu helfen, wo die Ampel Wortbruch betreibt. Mittelstand und Kultur können sich auf die CSU verlassen. Es steht aber auch fest: es ist ein Unding, dass Länder für gebrochene Ampel-Versprechen einspringen müssen.“

In Deutschland nutzen gut 10 Millionen Privathaushalte, zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen und Kultureinrichtungen Öl, Pellets oder Flüssiggas als Energieträger.

Ampel beim Wohnungsbau weiter ohne Plan



Nach einem Jahr Ampel-Chaos bei der Wohnungsbauförderung liegt jetzt ein neuer Förderrahmen aus dem Bundesbauministerium vor. Der Inhalt ist eine herbe Enttäuschung. Statt

Bauwilligen den Weg zu den eigenen vier Wänden zu erleichtern, werden die Auflagen drastisch verschärft. Für ganz viele bedeutet das: Aus der Traum vom Eigenheim.

Auf Hilfe können Haushalte mit einem Jahreseinkommen von höchstens 60.000 Euro hoffen. Aber nur, wenn sie nach dem teuersten Energiehausstandard bauen. Ein Förderprogramm jenseits der Wirklichkeit: denn welche Familie kann sich in Zeiten drastisch steigender Bau- und Finanzierungskosten mit 60.000 Euro Einkommen ein solches Haus leisten. Da hilft auch ein Aufschlag beim Jahreseinkommen von 10.000 Euro pro Kind nicht weiter.



Sebastian Brehm: „So verpufft die Förderung. Viele Familien, die Bauen möchten, gehen leer aus. Und es trifft vor allem die, die die Förderung am nötigsten hätten. Das ist Förderung abseits der Bedürfnisse. Auch beim Bau preisgünstiger Wohnungen geht es nicht voran. Bauministerin Klara Geywitz kommt über Ankündigungen nicht hinaus. Die FDP präsentiert eigene Vorstellungen. Und Bundeskanzler Olaf Scholz schweigt wieder einmal. Eine klare Linie ist nicht erkennbar. Diese Regierung ist mit der Aufgabe offenbar überfordert und ohne jeden Plan.“

In weite Ferne gerückt ist auch der Neubau von 400.000 Wohnungen pro Jahr, den Rot-Grün-Gelb versprochen hat. Ein Viertel der Wohnungen sollte besonders preisgünstig sein. Ein Plan zur Realisierung der Bauoffensive angesichts von Fachkräftemangel, rasant steigenden Baukosten und immer höherer Anforderungen an Neubauten ist nicht erkennbar. Dafür setzte die Bauministerin ihre

Neubauziele noch einmal auf 600.000 pro Jahr hoch. In einer von CDU und CSU verlangten Aktuellen Stunde zum Wohnungsbau gab es im Bundestag von Geywitz nur Allgemeinplätze.

Sebastian Brehm: „Frau Geywitz redet, aber handelt nicht. Und durch immer höhere Ziele entsteht auch keine neue Wohnung. Neubau entsteht nur, wenn man die Ärmel hochkrepelt und anpackt.“

CDU und CSU wollen Ganztagsbetreuung sichern



Vor rund drei Jahren hat der Bundestag beschlossen, die Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern auszubauen und den Kommunen dafür zusätzliche Mittel an die Hand zu geben. 3,5 Milliarden Euro sind als Bundeszuschuss für den „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ vorgesehen.

Doch Corona-Pandemie und die Hochwasserkatastrophen im Westen und Süden Deutschlands verhinderten eine schnelle Umsetzung der Pläne. Längst sind nicht alle Fördergelder in Anspruch genommen worden. Jetzt besteht sogar die Gefahr, dass die Mittel verfallen. Der Förderzeitraum lief Ende 2022 aus.

CDU und CSU haben deshalb eine [Initiative](#) zur rückwirkenden Verlängerung des Programms gestartet - damit die Ganztagsbetreuung tatsächlich für alle Kinder im Grundschulalter ab dem 1. August 2026 stufenweise eingeführt werden kann.



Sebastian Brehm: „In ihrem Koalitionsvertrag haben SPD, Grünen und FDP versprochen, dass der Ausbau der Ganztagsangebote weiter unterstützt werden soll. Mit

der Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf kann die Ampel unter Beweis stellen, dass sie es mit ihrem Versprechen ernst meint.“

Doppel-Wumms für Steuerstrukturreform



Mein eindringlicher Appell auf der Podiumsdiskussion der Stiftung Marktwirtschaft in dieser Woche: Wir brauchen nicht mehr Doppel-Wumms für immer neue Schulden im Bundeshaushalt. Wir brauchen endlich einen

Doppel-Wumms bei der Entflechtung und Vereinfachung unseres (förderalen) Steuersystems - um unsere Bürger zu entlasten und den Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb zu stärken. Herzlichen Dank an Prof. Dr. Michael Eilfort von der Stiftung Marktwirtschaft für die Einladung.

Neujahrsempfang mit Alexander Dobrindt



Zu Gast beim Neujahrsempfang der CSU Langwasser: Es war mir eine große Freude, gemeinsam mit meinem Kollegen und langjährigen Freund Michael Frieser unseren CSU-Landesgruppenvorsitzenden im Bundestag, Alexander Dobrindt, in Nürnberg begrüßen zu dürfen. Herzlichen Dank für die Mut machende Rede und die klaren Worte! Großes Dankeschön auch an den Ortsvorsitzenden Anatoli Djanatliev und sein Team für die tolle Organisation!

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.